



Antrag

der Abgeordneten **Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild, Michael Busch, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster SPD**

Für eine Landeselternvertretung im Kitabereich – Für mehr Mitsprache zum Wohle der Kinder

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich oder schriftlich zu berichten, wann der von Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf in der Plenardebatte am 22. Juni 2022 angekündigte Gesetzentwurf der Staatsregierung für eine Landeselternvertretung im Kitabereich vorliegen soll.

Begründung:

Um die Bedürfnisse von Familien und Kindern abzubilden, braucht es eine verbindliche Möglichkeit zur Mitgestaltung für Eltern in Bayern. Eltern sind die Expertinnen und Experten ihrer Kinder. Sie wissen am besten, wie sich die Realität in den Kindertageseinrichtungen gestaltet. Was ihre Kinder brauchen – was sie als Familie brauchen.

In Bayern haben Eltern und Kinder gegenüber der Politik derzeit jedoch keine legitimierte Vertretung, die ihre Interessen auf Landesebene bündelt und ein Anhörungsrecht besitzt. Familien sind an politischen Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, somit nur unzureichend beteiligt – gerade in den vergangenen zwei Jahren ist dies deutlich geworden.

Auch auf kommunaler Ebene ist die Mitgestaltung noch nicht landesweit etabliert. Bilden sich Gesamtelternbeiräte, so müssen aktuell die Kommunen in Bayern hierfür erst die Strukturen schaffen. Eine gesetzliche Verankerung von Gesamtelternbeiräten gibt es auch hier nicht.

Einen Gesetzentwurf (Drs. 18/20024), der beide Problemlagen adressiert, haben die Regierungsfractionen abgelehnt. In der Aussprache des Gesetzesentwurfs hat Staatsministerin Ulrike Scharf zugleich aber angekündigt, ein „Konzept für eine ganz passgenaue Elternvertretung“ vorzulegen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie mündlich oder schriftlich über den Zeitplan dieses Vorhabens zu berichten.